

Milliarden für die AHV

Mitte-links möchte höhere Steuern und Lohnbeiträge

FABIAN SCHÄFER, BERN

Die Leistung ist bestellt, aber noch nicht bezahlt: Nächsten Dezember, pünktlich auf Weihnachten hin, wird die AHV zum ersten Mal eine 13. Rente auszahlen. Alle Pensionierten im In- und Ausland kommen in den Genuss der zusätzlichen Zahlung. Die Höhe entspricht einem Zwölftel der jährlichen Rente. Will heissen: Wer Anfang 2026 bereits pensioniert war, wird eine volle Monatsrente zusätzlich erhalten. Für in der Schweiz wohnhafte Pensionierte sind dies im Durchschnitt knapp 2000 Franken.

Während die Auszahlung bis ins letzte Detail geklärt ist, ist die Finanzierung im Parlament weiterhin umstritten. Die Mehrkosten betragen anfänglich 4,2 Milliarden Franken im Jahr, bald sind es wegen der anhaltenden Pensionierungswelle mehr als 5 Milliarden. Ohne Gegenmassnahmen dürfte die AHV ab 2029 Defizite schreiben.

Politisch ist die Sache knifflig, weil es keine stabile Mehrheit gibt. Die Mitte-Partei spannt mit SP und Grünen zusammen. Dieses Lager will eine rasche Finanzierung sicherstellen, indem die Bevölkerung höhere Abgaben an die AHV leistet. SVP und FDP lehnen dies ab. Die GLP steht dazwischen. Sie kann im Nationalrat den Ausschlag geben.

Das Hickhack geht in der Frühjahrs-session im März in die nächste Runde. Im Hinblick darauf hat die Sozialkommission des Ständerats diese Woche einen neuen Vorschlag beschlossen. Obsiegt hat hier erneut das Mitte-links-Lager. Im Nationalrat hingegen hatte die GLP letzten Herbst mit wechselnden Allianzen eine Kompromissvariante durchgesetzt. Somit stehen nun diese zwei Vorschläge im Raum:

Mitte-links-Variante

■ **Massnahmen:** Im Gegensatz zum Bundesrat wollen SP und Mitte nicht nur die Mehrwertsteuer erhöhen, sondern auch die monatlichen Lohnbeiträge, die alle Angestellten und Arbeitgeber bezahlen müssen. Die Lohnabzüge sollen um 0,3 und die Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte steigen. Beides würde zu einer Mehrbelastung von je 1,5 Milliarden Franken im Jahr führen. Damit nicht genug: Für den Fall, dass die AHV später erneut in Schieflage gerät, will Mitte-links bereits jetzt auf Vorrat eine weitere Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,3 Punkte beschliessen.

■ **Zeitliche Umsetzung:** SP und Mitte wollen die Abgaben nicht nur befristet erhöhen, sondern dauerhaft. Dadurch nähme der Druck im Hinblick auf die nächste AHV-Reform ab. Die Frage einer Erhöhung des ordentlichen Rentenalters auf 66 oder 67 Jahre könnte weiter auf die lange Bank geschoben werden.

■ **Auswirkungen:** Die jüngeren Generationen müssten einen grösseren An-

teil der Finanzierung schultern, während von den höheren Leistungen einzig die Pensionierten profitieren. Die Verteilungswirkung unterscheidet sich stark, je nachdem, welche Geldquelle angezapft wird. Bei der Mehrwertsteuer sind alle Altersgruppen betroffen. Lohnbeiträge hingegen müssen nur die Erwerbstätigen bezahlen. Dadurch nähme die Umverteilung von Jung zu Alt, die sich in den kommenden Jahren ohnehin verschärft, weiter zu. Auf der anderen Seite führen höhere Lohnbeiträge zu einer stärkeren Umverteilung von hohen zu tiefen Einkommen. Deshalb erhöhen Linke lieber die Lohnabzüge und Bürgerliche die Mehrwertsteuer.

Kompromissvariante der GLP

■ **Massnahmen:** Erhöht werden soll einzig die Mehrwertsteuer, diese dafür stärker: Der Normalsatz würde von 8,1 auf 8,8 Prozent steigen. Das würde Konsumenten und Wirtschaft rund 2,5 Milliarden Franken im Jahr kosten.

■ **Zeitliche Umsetzung:** Die Steuererhöhung soll Ende 2030 automatisch wieder auslaufen. Die Befristung wäre insofern abgesichert, als sie in der Verfassung festgeschrieben wäre. Sie liesse sich nur verlängern, wenn das Stimmvolk an der Urne seinen Segen gäbe. So wollen GLP, FDP und SVP erreichen, dass bei der nächsten Reform auch strukturelle Massnahmen wie ein höheres Rentenalter ernsthaft diskutiert werden müssen.

■ **Auswirkungen:** Die Pensionierten müssten einen etwas grösseren Beitrag leisten. Dennoch bleibt das Ganze für sie attraktiv, weil die 13. AHV-Rente deutlich höher ausfällt als die zusätzlichen Steuern. Die Umverteilung von Jung zu Alt nimmt auch in dieser Variante zu, aber weniger stark als bei einer Erhöhung der Lohnbeiträge.

Welche Variante obsiegt, ist kaum absehbar. Denkbar ist auch, dass es im Parlament keine Einigung gibt – und die Vorlage in der Schlussabstimmung scheitert. Der Entscheid dürfte im Juni fallen. Falls eine Vorlage zustande kommt, wird obligatorisch eine Volksabstimmung stattfinden, weil die Sätze der Mehrwertsteuer in der Verfassung stehen. Nahegelegener Termin wäre der November.

Die Debatte über die 13. Rente wird durch zwei weitere AHV-Geschäfte überlagert. Der Bundesrat will die Leistungen für Witwen und Witwer neu regeln. Und eine Volksinitiative der Mitte-Partei verlangt höhere Renten für Ehepaare. Sie will die heutige Regel abschaffen, dass Verheiratete höchstens das 1,5-Fache einer maximalen Einzelrente erhalten (Plafonierung). Hingegen sollen die vielen Vorteile der Ehepaare von den Witwenrenten bis zum Splitting bestehen bleiben. Kostenpunkt: 4 Milliarden Franken im Jahr. Finanzierung: unklar.